

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft
Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736-110
sekretariat@koelner-hug.de



www.koelner-hug.de

Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, 14. März 2016

Verein fordert:

Striktes Denkverbot für Steuererhöhungen

Mit großem Unbehagen nimmt der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein die Äußerungen aus Verwaltung und Politik wahr, sich konkret mit Plänen einer Erhöhung der Grundsteuer zu befassen.

Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Vereins, fordert daher von allen Verantwortlichen schon jetzt, Steuererhöhungen auszuschließen. „Ich fordere ein Denkverbot für Steuererhöhungen. Wer sich jetzt nicht strikt gegen Steuererhöhungen ausspricht, hat sie eigentlich schon fest einkalkuliert. Steuererhöhungen sind immer der Ausdruck von Einfallslosigkeit, den Stadthaushalt auf andere Weise in Ordnung zu bringen.“

Tewes geht davon aus, dass es für die Erhöhung der Grundsteuer kein Verständnis in der Bevölkerung gibt. „Wir müssen uns jeden Tag neue Schreckensmeldungen anhören, dass immer mehr Millionen von Euro in Großprojekten versenkt werden, ohne Aussicht auf Besserung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bevölkerung Verständnis dafür haben wird, gleichzeitig mit Steuererhöhungen zur Kasse gebeten zu werden. Man hat sich unter den Ankündigungen von Oberbürgermeisterin und neuer schwarz-grüner Koalition, entschlossen zu handeln, sicher nicht den Griff ins eigene Portemonnaie vorgestellt.“

Tewes warnt davor, das Leben in Köln weiter zu verteuern. „Wir reden alle davon, dass es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Die Grundsteuererhöhung schlägt eins zu eins auf die Miete durch. Ich erwarte von Politik und Verwaltung daher, das Wohnen in Köln zu erleichtern und nicht zu erschweren. Wer so an den Kosten drehen will, darf sich am Ende über die Folgen nicht wundern.“

Auch beim Eigentumserwerb spiele die Höhe der Grundsteuer durchaus eine Rolle. Sie bestimme mit über die Attraktivität des Wohnortes. Es gebe, so Tewes, kein besseres Standortbekenntnis als den Immobilienerwerb. Vor allem bei den unteren Einkommensklassen sei die dauerhafte Belastung durch Wohnkosten ein wichtiges Entscheidungsmerkmal. Je höher die Grundsteuer, umso höher sei die Bereitschaft, ins Umland abzuwandern. Tewes: „Die Folgeeffekte einer solchen Verdrängung dürften am Ende schwerer und teurer wiegen als die Einnahmen der Grundsteuererhöhung.“

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein fordert daher Politik und Verwaltung auf, sich von dem Gedanken der Grundsteuererhöhung zu lösen und viel mehr auf das Heben von Einsparpotentialen zu setzen.

f. d. R.
Th. Tewes